Kurt Sontheimer

Der Bau der Berliner Mauer und seine Folgen

In der Nacht vom 12. zum 13. August 1961, beginnend um ein Uhr, begannen Einheiten der Volkspolizei und der Nationalen Volksarmee der DDR zusammen mit sogenannten Betriebskampfgruppen damit, zwischen den Westsektoren der Stadt und dem als Hauptstadt der DDR firmierenden Ostsektor Berlins eine Mauer zu errichten. Anfangs behalf man sich mit Stacheldraht, doch innerhalb weniger Tage wurde daraus eine richtige Mauer, die schließlich nur bei Lebensgefahr überwunden werden konnte. Die lange Grenze mit der Bundesrepublik war schon vorher durch sogenannte Grenzsicherungsanlagen mit Todesstreifen unpassierbar gemacht worden. Die Teilung Deutschlands, die politisch durch die Schaffung von zwei deutschen Staaten 1949 besiegelt worden war, präsentierte sich an den Grenzen zwischen West und Ost in einer Radikalität, die man kaum für möglich und denkbar gehalten hatte, als die beiden Teilstücke, die vom ehemals größeren Deutschen Reich nach dem Krieg noch übrig geblieben waren, sich in die unvermeidlich erscheinende Teilung gefügt hatten.

Die Mauer durch Berlin war das Non plus ultra des Teilungsprozesses; durch sie war das unmöglich Erscheinende Wirklichkeit geworden. Gewiß waren die westlichen und östlichen Teile der ehemaligen deutschen Hauptstadt schon seit Jahren politisch getrennt gewesen, aber kein normal denkender Mensch konnte sich vorstellen, daß man den Ostteil der Stadt so radikal und undurchlässig vom Westteil abtrennen, abriegeln, abschotten könnte, wie es dann seit dem 13. August 1961 geschah. Heinrich August Winkler schreibt in seiner Darstellung der neuesten deutschen Geschichte, der Westen habe mit einer solchen Aktion seitens der DDR rechnen müssen¹. Er traut damit den Verantwortlichen im Westen, die durch keine Informationen der Geheimdienste gewarnt worden waren, zu viel makabre Phantasie zu. Wir wissen aus den Erfahrungen mit den terroristischen Anschlägen auf New York und Washington vom 11. September 2001, daß das Unvorstellbare grausame Wirklichkeit werden kann, durch welche die Weltpolitik eine Wendung erfährt, die ebenfalls niemand hätte prognostizieren können.

Der Bau der Berliner Mauer hat die Weltpolitik, bezogen auf das die Situation bestimmende Verhältnis zwischen Ost und West, zwar nicht wesentlich verändert, wohl aber das Verhältnis zwischen den und die Situation innerhalb der beiden deutschen Staaten. Im Kalten Krieg zwischen Ost und West, bei dessen Beurteilung man immer die latente Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Atomwaffen bedenken muß, brachte die Auseinanderreißung Berlins nur die Bestätigung der Existenz zweier sich feindlich gegenüberstehender, geographisch und politisch fest umrissener Machtsphären. Für die West-Berliner und gewiß auch für viele Ost-Ber-

¹ Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II, S. 203.

liner war die Tatsache, daß der Osten daran ging, eine Mauer mitten durch Berlin zu ziehen, eine so beunruhigende und verstörende Zumutung, daß sie zunächst nur schwer begreifen konnten, warum der Westen, konkret die USA unter Präsident Kennedy, das für sie Ungeheuerliche einfach geschehen ließen. Kennedy hatte allerdings vorher klar gemacht, daß die Sicherheitsgarantien der Westmächte für Berlin sich nur auf den Westteil der Stadt beschränken konnten. In den sogenannten drei Essentials, an denen nicht gerüttelt werden dürfe, bekräftigte er das Recht der Westalliierten auf ihre Anwesenheit im Westteil der Stadt, ihr Recht auf freien Zugang nach West-Berlin und das Recht der West-Berliner, ihre Politik selbst bestimmen zu können. Doch als die Mauer dann tatsächlich gebaut wurde, mußten die West-Berliner samt ihrer politischen Führung unter Willy Brandt erst lernen, daß die rechtlich fixierte Verantwortung der vier Mächte für ganz Berlin faktisch hinfällig geworden war. Willy Brandt versuchte damals, dem amerikanischen Präsidenten klar zu machen, daß ein papierener Protest gegen den Mauerbau nicht ausreiche: „Berlin erwartet mehr als Worte, Berlin erwartet politische Aktionen.“ Aber auch Brandt konnte nur vorschlagen, daß die Westmächte auf der Viermächteverantwortung für die ganze Stadt bestehen sollten und das Thema Berlin in den Vereinten Nationen verhandelt werden mußte. Die amerikanische Führung machte jedoch klar, daß es trotz des schwerwiegenden Charakters des Mauerbaus keine Schritte gäbe, „die eine signifikante materielle Änderung der Situation“ erzwingen könnten. Nur ein Krieg könne diese Tatsache verändern. Doch „weder sie noch wir oder irgendeiner unserer Verbündeten haben sich irgendwann vorgestellt, wir sollten in diesem Punkte zum Krieg übergehen“, schrieb rückblickend Egon Bahr. Wohl oder übel mußten sich die West-Berliner mit der Tatsache arrangieren, daß der Ostsektor der Stadt total von ihnen abgetrennt wurde, daß die Sowjets mit ihrer Zone und ihrem Ost-Berliner Sektor von nun an tatsächlich machen konnten, was sie wollten. Die Westmächte waren jedenfalls nicht bereit, wegen des Mauerbaus einen Krieg zu riskieren. Egon Bahr faßte in seinen Erinnerungen die neue Situation nach dem Bau der Mauer wie folgt zusammen: „Mit der Teilung leben – und zwar für eine nicht übersehbare Zeit – das war die Aufgabe nach der Zementierung der Teilung durch die Mauer. Wir werden den Anspruch auf Wiedervereinigung nicht aufgeben, wurde von nun an zu einer Formel ohne Inhalt – denn keine Regierung, auch die in Bonn nicht, wurde aktiv. Wiedervereinigung stand gut formuliert auf westlichen Papieren, wohl verwahrt in den Kanzleien. Der Anspruch entfernte sich von der Wirklichkeit, aber er lebte.“² Schließlich kam es dazu, daß die Westberliner Polizei künftig mit dafür Sorge tragen mußte, daß die Mauer unversehrt blieb.

Was für die Berliner zunächst wie ein Schock gewirkt hatte und woran sie sich nur langsam, aber notgedrungen gewöhnen konnten, wurde auch im Ost-West-Verhältnis international zu einer Belastung für die sowjetische Seite und die DDR. Die Berliner Mauer wurde zum Symbol dafür, daß das sowjetische System und die von ihm abhängige DDR nur überleben konnten, wenn sie sich, gestützt auf militärische Macht und den Besitz von Atomwaffen, soweit wie möglich gegenüber dem Westen abschirmen und immunisieren konnten. Durch die Mauer war offenbar geworden, daß die Sowjetunion und ihre DDR sich in ihrem Machtbereich einigeln mußten, und zumindest im westlichen Teil der Welt ihre eigene Ideologie vom kommenden

² Bahr, *Zu meiner Zeit*, S. 138 f.

Sieg des Sozialismus über den Imperialismus aufgegeben hatte. Zwar verkündete man auch in den Zeiten Chruschtschows, der den Bau der Mauer mit zu verantworten hatte, unverdrossen das Märchen, mit dem sowjetischen System und seiner Politik den Westen wirtschaftlich überholen zu können, doch die Mauer in Berlin war und blieb bis zu ihrem Fall der sichtbare Beweis dafür, daß die Sowjetmacht ihre politischen Ziele nur verfolgen konnte, wenn sie ihre Grenzen dicht machte und den von ihr beherrschten Völkern die Freiheit zur politischen Selbstbestimmung versagte.

Die DDR-Führung hatte den Bau der Mauer damit begründet, sie habe die „Wühltätigkeit“, den „Menschenhandel“ des Westens, der sonst zu einem „Ausbluten“ der DDR-Gesellschaft geführt hätte, unterbinden müssen. Sie habe gegen die Vorbereitung eines offenen Angriffs auf die DDR von Seiten der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands etwas unternehmen müssen und dadurch auch die Kriegsgefahr gebannt. Doch „der 13. August 1961 ist objektiv historisch wie auch im Selbstverständnis der SED ein Wendepunkt in der inneren Entwicklung der DDR“³. Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 hat an dieser Feststellung nichts geändert. Der Bau der Mauer hat für die Entwicklung der DDR eine neue Phase auf ihrem entschlossenen Weg zum Sozialismus eingeleitet, auf dem sie nun nicht mehr dadurch behindert wurde, daß sie monatlich einige Tausend ihrer Bürger durch Flucht verlor, während der Westen sich nach und nach damit abfinden mußte, daß durch die Mauer die Schranken zwischen den beiden Teilen Deutschlands unüberwindbar wurden. Die Mauer wurde so auch zu einem Beweis dafür, daß die von der westdeutschen Politik verbal proklamierte politische Zielsetzung einer Wiedervereinigung zunehmend als aussichtslos verstanden wurde. Zwar war sie als Tatsache, als „Schandmauer“ propagandistisch hilfreich bei der Verurteilung des DDR-Systems als eines unmenschlichen totalitären Regimes, aber mit bloßer Propaganda ließ sie sich nicht zu Fall bringen.

Für die DDR begann mit dem Mauerbau auch nach ihrer eigenen Interpretation ein neuer Abschnitt ihrer Geschichte. Man nannte die zwölfjährige Periode nach der Staatsgründung 1949 den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Mit dem, wie es hieß, zuverlässigen Schutz der Grenzen der DDR, also mit dem Bau der Mauer in Berlin, sei dann eine entscheidende Voraussetzung für den umfassenden und zielstrebigten Aufbau des Sozialismus in der DDR geschaffen worden. Diese Periode nach dem Mauerbau widmete sich dem umfassenden Aufbau des Sozialismus mit dem Ziel der Schaffung einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Auch die zahlreichen westdeutschen Darstellungen der DDR-Geschichte sehen in der Errichtung der Berliner Mauer den Ausgangspunkt für eine das politische System stabilisierende Entwicklung. Es besteht kein Zweifel, daß die historischen Beurteilungen der Entwicklung der DDR nach dem Mauerbau unisono zu der Feststellung gelangen, daß sich das System von da an zunehmend gefestigt und auch in seinen Leistungen verbessert habe. Es ist ebenfalls kein Zweifel, daß die DDR-Führung, nun befreit von der Sorge um das Flüchtlingsproblem, im Innern schalten und walten konnte, wie sie es für richtig hielt und sogar damit anfang, sich dank der positiven Entwicklung des Systems etwas mehr Handlungsspielraum gegenüber der führenden Sowjetunion zu verschaffen. Dies war die Tendenz in den letzten Jahren

³ Sontheimer/Bleek, Die DDR, S. 50.

der Ulbricht-Zeit, wurde jedoch ab 1971 unter Erich Honecker wieder im Sinne einer stärkeren Anpassung an den großen Bruder Sowjetunion korrigiert.

Nach dem Bau der Mauer setzte auch in der westdeutschen Politik und in der westdeutschen DDR-Forschung eine allmähliche Umorientierung ein. Die Ära Adenauer war zu Ende gegangen, und es begann das Fragen und Suchen, wie man trotz der vollständigen Trennung der beiden deutschen Staaten doch eine gewisse Bewegung in die nun völlig erstarrte Deutschlandpolitik bringen könnte. Allein schon die unmenschlichen Auswirkungen der radikalen Zertrennung einer einst zusammengehörigen Stadt wie Berlin machten es notwendig, nach Möglichkeiten Ausschau zu halten, um wenigstens menschliche Erleichterungen für die Berliner und für die in politisch so radikal verschiedenen Systemen lebenden Deutschen zu erreichen. So gab es in den sechziger Jahren erste erfolgreiche Bemühungen um Passierscheinabkommen für den Besuch von West-Berlinern im Ostteil der Stadt; es gab, zugespitzt in der Großen Koalition von 1966 bis 1969, den Parteienstreit über die Frage, ob man nicht im Interesse der Menschen genötigt wäre, die DDR als zweiten deutschen Staat formell anzuerkennen. Die von der DDR von Anfang an angestrebte völkerrechtliche Anerkennung durch die Bundesrepublik war bis zur Errichtung der Mauer völlig tabuisiert, doch nach dem Mauerbau kam es allmählich zu einer Aufweichung dieser prinzipiellen Einstellung, weil die Bundesrepublik um eine De-facto-Anerkennung der DDR als Staat nicht herumkommen konnte, wenn man die harte Trennung Deutschlands zwischen Ost und West nur ein wenig aufweichen wollte. Dieser Prozeß hat dann unter der neuen Regierung Brandt/Scheel zur sogenannten Ostpolitik geführt, die der Bundesrepublik eine Anerkennung des bestehenden territorialen Status quo abverlangte und zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR 1972 führte. Dank der Mauer hatte also die DDR zwar nicht ihr Ziel erreicht, von der Bundesrepublik in völkerrechtlich verbindlicher Weise anerkannt zu werden; sie erlangte jedoch das Zugeständnis der Entwicklung „normale[r], gutnachbarliche[r] Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung“⁴.

Die westdeutsche DDR-Forschung, die in jenen Jahren stark durch den Politikwissenschaftler Peter Christian Ludz bestimmt wurde, hatte der politischen Annäherung wissenschaftlich vorgearbeitet, indem sie der DDR nach dem Mauerbau einen stetigen evolutionären Prozeß des Wandels zugute hielt, der es erlaube, das in den fünfziger Jahren vorherrschende Konzept der DDR als eines totalitären Regimes aufzugeben und die Methode einer „immanent kritischen Analyse“ empfahl, die an die Stelle einer stark ideologisch bestimmten kritischen Sicht der DDR treten sollte. Gewiß hatte die Realität der Mauer mitten durch Berlin während der ganzen Zeit, die sie bestand, nichts von ihrer Monstrosität, ihrer Unmenschlichkeit verloren, wie die immer wieder vorkommenden lebensgefährlichen Versuche zeigten, sie doch zu überwinden oder zu untertunneln. Aber sie hat trotz aller Bemühungen der Jahre nach dem Grundlagenvertrag, sie etwas durchlässiger und berechenbarer zu machen, doch entscheidend dazu beigetragen, daß die beiden deutschen Staaten sich in ihrer politischen Ordnung und Substanz voneinander entfernten und die politi-

⁴ Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik vom 2. 12. 1972, in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 371.

sche Sozialisation ihrer Bevölkerung ganz verschiedene Wege einschlug, was sich beim späteren Einigungsprozeß viel stärker bemerkbar machte, als man zunächst annahm.

So wie sie politisch angetreten war, konnte die DDR-Führung unter der SED auf Dauer nur existieren, solange sie durch die Mauer geschützt war. Die Existenz der Mauer hing jedoch ab von ihrer Sicherung durch die militärische Macht der Sowjetunion. Als diese Sicherung unter Präsident Gorbatschow bei seinem Bemühen, die Sowjetunion zu reformieren, gelockert und schließlich ganz aufgegeben wurde, war die Mauer nicht mehr zu halten. Zwar kam ihr Ende mehr zufällig und verdankte sich nicht einem Beschluß der DDR-Führung, aber sie war auf Dauer nicht mehr zu schützen, sobald klar war, daß die Sowjetunion nicht länger bereit war, die Existenz der DDR und ihrer politischen Führung militärisch zu garantieren. Im Schutze der Mauer war die DDR-Führung gegen Ende sogar bereit, sich den Reformbemühungen in der Sowjetunion zu widersetzen, weil sie überzeugt war, daß ihr System solcher Reformen nicht bedürfe. Es ist deshalb nicht mit einem Fragezeichen zu versehen, ob das politische System der DDR durch den Bau der Berliner Mauer stabilisiert worden ist. Das war so. Der Bau der Berliner Mauer war tatsächlich eine notwendige Voraussetzung dafür, daß sich dieses System so entfalten konnte, wie dies geschehen ist. Es hat dabei unter der Führung Erich Honeckers seinen anfangs ziemlich brutalen Herrschaftscharakter langsam etwas lockern können, so daß es seine totalitären Züge besser zu verbergen vermochte, aber die Mauer, d. h. die absolute Kontrolle über die Grenzen und über das in ihnen lebende Volk, waren und blieben ein unabdingbarer Bestandteil des Systems. Erst als sie fiel, wurde das Volk frei.

Man kann natürlich die Mauer nicht nur als eine Bedingung für die äußere Stabilisierung dieses Systems sehen, sondern auch als eine Bedingung für die Beherrschung der Gesellschaft. Dann sind Aussagen wie die folgende berechtigt: Die DDR sei ein System des alltäglichen, wenn auch zumeist leisen Terrors gewesen, das um so besser funktionierte, je vollständiger es sich durch die Mauer nach außen abschirmen und abschotten konnte. Gewiß war diese totale Abschirmung im Zeitalter weltweiter Kommunikation und einer dank des Grundlagenvertrages allmählich sich lockernden Trennung zwischen den beiden deutschen Staaten unmöglich, aber sie war immerhin wirksam genug, um zu verhindern, daß die Bürger der DDR aus sich heraus den Mut und die Kraft aufgebracht hätten, ihr durch die Mauer geprägtes Schicksal zu wenden. Das konnten sie erst, als die Mauer nicht mehr von der sowjetischen Militärmacht geschützt wurde. Die Mauer hat das DDR-System äußerlich stabilisiert, aber sie konnte nicht bewirken, daß die Bürger diesem System innerlich und aus freien Stücken zustimmten. Im Gegenteil.

Die Schaffung sicherer, undurchlässiger Grenzen gegenüber dem als Feind und Bedrohung perzipierten Westen war eine Voraussetzung für die Schaffung und Entwicklung eines sowjetisch geprägten sozialistischen Systems in der DDR. Erst nachdem das Flüchtlingsschlupfloch Berlin durch die Mauer beseitigt war, konnte sich das kommunistische System voll entfalten. Erst durch den Mauerbau hat es an Selbstsicherheit und Stabilität gewonnen. Alle wissenschaftlichen Darstellungen der DDR-Geschichte sehen im Mauerbau den Beginn der Festigung des DDR-Regimes. Andererseits gilt: Die DDR konnte sich nur so lange behaupten, wie die Mauer und das Grenzsicherungssystem nach Westen effektiven Bestand hatte.

Zwar wurde die Mauer und die Staatsgrenze nach Westen nach dem Grundlagenvertrag und dem Helsinki-Abkommen (1975) etwas durchlässiger, vor allem von West nach Ost, aber sie blieb doch stets unter der Kontrolle der DDR-Behörden. Unter Honecker verbesserten sich die Lebensverhältnisse für die Mehrzahl der DDR-Bewohner, und es wuchs, dank der grenzüberschreitenden Macht von Radio und Fernsehen, das Verlangen nach mehr Bewegungsfreiheit und Reisemöglichkeiten, während gleichzeitig im Innern das System der Überwachung und Kontrolle durch die Stasi immer stärker ausgebaut wurde. Doch es waren allein die Veränderungen der Weltpolitik im Zeitalter der Entspannung, zu dem die deutsche Ostpolitik Wesentliches beigetragen hatte, die 1989 den Fall der Mauer möglich machten. Erst dann konnten sich die Menschen in der DDR diese Situation zu Nutze machen. Auf den Fall der Mauer am 9. November 1989 folgte die Wiedervereinigung, die vorher unmöglich zu sein schien, am 3. Oktober 1990 jedoch zum nationalen Triumph führte. Ohne die weltpolitischen Veränderungen, die zum Ende des Kalten Krieges führten, stünde die Mauer vermutlich auch heute noch. Als sie fiel, zerfiel auch die DDR.